

- ¹¹ F. Stern, Philosemitism – The Whitewashing of the yellow Badge in West Germany 1945 – 1952, in: Holocaust and Genocide Studies 4.1989, S. 463–477; M. Brenner, Wider den Mythos der „Stunde Null“ – Kontinuitäten im innerjüdischen Bewußtsein und deutsch-jüdischen Verhältnis nach 1945, in: Menora 3.1992, S. 155–181.
- ¹² Rede anlässlich der Grundsteinlegung, in: E. Roth (Hg.), Die Alte Synagoge (wie Anm. 10), S. 247, 249.
- ¹³ G. Illert, Die jüdischen Altertümer (wie Anm. 10), S. 237, 241.
- ¹⁴ E. Roth, Rede anlässlich der Grundsteinlegung, in: Ders. (Hg.), Die Alte Synagoge (wie Anm. 10), S. 252.
- ¹⁵ Stadtsanierung (wie Anm. 10), S. 3, 2.
- ¹⁶ F. Reuter, Jüdisches Worms (wie Anm. 10), S. 27 Anm. 27.
- ¹⁷ C.H. Krinsky, Europas Synagogen (wie Anm. 5), 158–164f.; H. Künzl, Synagogenbau (wie

Anm. 5), S. 81–83; A. Parik, Die Prager Synagogen in Bildern, Stichen und alten Photographien, Prag 1986; Ders., Das Jüdische Museum in Prag. Seine Entwicklung und Geschichte seit 1945, in: Wiener Jahrbuch für Jüdische Geschichte, Kultur und Museumswesen 2. 1995/96, S. 9–41, bes. 14ff. (Pinkassynagoge); E. Brocke/M. Zimmermann (Hg.), Das jüdische Museum Prag. Von schönen Gegenständen und ihren Besitzern. Kat. Alte Synagoge Essen 1991; C. Rybár, Das jüdische Prag. Glossen zur Geschichte und Kultur. Führer durch die Denkwürdigkeiten, o.O. 1991, S. 267–273 (Altneuschul), 286–292 (Pinkassynagoge).

- ¹⁸ K.C. Szende, Jüdisches Ödenburg/Sopron. Geschichte und Denkmäler der Jüdischen Gemeinde in Sopron/Ödenburg, in: Jüdisches Eisenstadt. Jüdisches Sopron. Ein Exkursionsführer, hg. v. F. Opll, Linz 1997, 45–78; F. David, Sopron. Old Synagogue/Alt-Synagoge, Budapest 1994; C.H. Krinsky, Europas Synagogen (wie Anm. 5), S. 131–133; P. Genée, Synagogen in Österreich, Wien 1992, 38f.

Hermann Neubert

Abschlußdiskussion

Diskussionsleiter Purin/Fürth eröffnete die Abschlußdiskussion mit der Bitte an die Referenten, ihre Einschätzung der Situation und der Möglichkeiten für die Zukunft des Gebäudes zu geben.

Herr Klein, Marburg, sprach sich dafür aus, weitere Befunde zu sammeln und weitere Forschungen in Miltenberg zu betreiben. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, in Miltenberg weitere interessante Überraschungen zu finden, falls man erst an die noch verdeckten Bereiche des Bauwerks herankomme. Zur weiteren Verwendung des Bauwerks führte er

drei Beispiele an, die in den Referaten z.T. schon vorgestellt wurden:

- eine allgemeine Museumsnutzung, wie aus mehreren Beispielen in Spanien bekannt, mit einer Verbindung von moderner und historischer Architektur, die gut oder weniger gut gelingen könne;
- eine totale Rekonstruktion, wie in Worms;
- oder eine Nutzung nach dem Beispiel der Synagoge in Sopron, die er favorisieren würde. Der fragmentarische Charakter in Sopron entspräche dem in Miltenberg.

Herr Purin, Fürth, bedauerte, daß es in Deutschland, speziell in Bayern, sehr unterschiedliche Ansichten in der Denkmalpflege gäbe. Er wies daraufhin, daß es in Bayern mittlerweile mindestens 12 restaurierte Synagogen gäbe, die alle ein rekonstruierendes Konzept verfolgen und die Spuren der jüngeren Geschichte vernachlässigen würden. Er forderte zum Umdenken auf, daß nicht für jedes Gebäude auch zwangsläufig die Frage nach der späteren Nutzung folgen sollte, sondern, daß Baudenkmäler von solcher Bedeutung für sich selbst sprächen. Seiner Meinung nach habe es keinen Sinn, ein Begegnungszentrum nach dem anderen, oder das 15. Minimuseum zur jüdischen Geschichte entstehen zu lassen.

Herr Pfarrer Debler, Obernau entgegnete, daß es sehr wichtig sei, daß restaurierte Gebäude einem Zweck zugeführt würden. Hierzu führte er das Beispiel Niederwern an, wo in eine restaurierte Synagoge eine Bibliothek einziehe. Für Miltenberg schlug er vor, die Synagoge im Zusammenhang mit dem Museum zugänglich zu machen. Ein restauriertes Gebäude ohne Nutzung von Seiten der Gemeinde hielt er für untragbar.

Herr Neubert, Miltenberg plädierte dafür, die Synagoge in jedem Falle zugänglich zu machen, dies sei besser als der jetzige Zustand. Auch er sprach sich dafür aus, die Synagoge als Dependence des Museums auszubauen, dazu seien auch die Brauereibesitzer bereit. Natürlich sei dies mit Kosten verbunden, deshalb müsse dies auch politisch gewollt sein. Eine Nutzung als Architekturdenkmal hielt er für ausreichend. Denn immerhin handle es sich um die älteste Synagoge Deutschlands. Herr Neubert warf in die Diskussion ein, daß derzeit aufgrund der besonderen Betriebsverhältnisse der Kalt-Loch-Brauerei nur der obere Teil des Synagogengebäudes genutzt werden könne.

Frau Cotreanu, Regensburg führte in diesem Zusammenhang das Vergleichsbeispiel Kloster Kartaus, Regensburg an. Dort wurde das Baudenkmal didaktisch als „Blick in die Bauforschung“ aufbereitet. Eine ähnliche

Lösung hielt sie für die Miltenberger Synagoge denkbar, zudem sei dies die billigste und aus denkmalpflegerischer Sicht schonendste Möglichkeit.

Hierzu merkte Herr Kieser, Würzburg an, daß im Falle einer Öffnung für das Publikum umfangreiche Sanierungsmaßnahmen erforderlich seien, die vor allem den Bereich des Gewölbes betreffen, um alleine die Sicherheit der Besucher zu gewährleisten.

Frau Weber, Frankfurt, war es wichtig, daß lokale und regionale Aspekte der Nutzungsgeschichte des Gebäudes in eine künftige Dokumentation einfließen sollten.

Herr Altwasser, Marburg, stellte das Konzept der Erfurter Synagoge vor. Dort solle ebenfalls nicht der Zustand des frühen 14. Jh. zurückkonstruiert werden, sondern das Gebäude solle mit seinen baulichen Veränderungen in der Vergangenheit erhalten bleiben.

Frau Keil, St Pölten (A) erinnerte die Stadt an ihre Verpflichtung, sich um ihr historisches Erbe zu kümmern. Sie schlug vor, der Brauerei ein Ersatzgelände zur Verfügung zu stellen, um die ehemalige Synagoge einer Nutzung mit musealer Dokumentation zuzuführen.

Herr Bürgermeister Bieber, Miltenberg wies auf die allgemeine schlechte finanzielle Situation der Stadt hin. Er resümierte die verschiedenen Ansätze der Diskussion, gab jedoch zu bedenken, daß ein Konzept gefunden werden müsse, welches sowohl machbar als auch bezahlbar sei.

Im Schlußwort stellte Herr Purin noch einmal das Ziel der Tagung heraus, das Gebäude stärker ins Bewußtsein zu rücken und damit dafür zu sorgen, daß sich der jetzige Zustand nicht weiter verschlechtere. Er dankte allen Tagungsteilnehmern für ihr Interesse und besonders den Referenten für ihre Vorträge und den Mitarbeitern des Museums für ihre Hilfe.

Maßnahmen zur Verbesserung des jüdischen Schulwesens

Johann Baptist Grasers (1766–1841) Reformansätze

Johann Baptist Graser zählt zu den großen Pädagogen des 19. Jahrhunderts. Sein Engagement in der Lehrerausbildung, seine Vorschläge für die Gestaltung des Unterrichts, wie seine methodischen Hinweise zur Verbesserung des Unterrichts bei den Taubstummen, wurden schon wiederholt gewürdigt. Noch heute ist sein Beitrag zur Entwicklung der Schreib-Lesemethode von wissenschaftlichem Interesse. Bisher nur wenig Beachtung fand sein Buch „Das Judenthum und seine Reform“, das 1828 in Bayreuth erschien. In ihm behandelt er auch das jüdische Schulwesen und bringt Verbesserungsvorschläge und eröffnet dabei den jüdischen Kindern bessere Bildungschancen.

1. Grasers Reformansätze

Graser hat auf dem Gebiet der Lehrerbildung und -fortbildung sehr viel geleistet. So konnte es nicht ausbleiben, daß er auch für die jüdischen Kinder und Jugendlichen qualifizierte Lehrer und entsprechende Bildungseinrichtungen reklamierte. Er stützt sich dabei auf das Bayerische Judenedikt vom 10. Juni 1813, wo es unter § 32 heißt: „Die Judenkinder beider Geschlechter sind gleich jenen Unserer übrigen Unterthanen zum Schulbesuche in Städten und auf dem Land verbunden, und sie erhalten, mit Ausnahme der Religionslehre, gleichen Unterricht mit denselben, unter Beobachtung aller über das Schul- und Erziehungswesen bestehenden Verordnungen; der Zutritt zu allen höheren Lehranstalten ist ihnen gestattet.“¹⁾ Er fordert eine jüdische Erziehung, die einerseits die Allgemeinbildung und andererseits eine religiöse Bildung sichern sollte.

1.1 Bestimmungen für die allgemeine jüdische Schulanstalt

Nach J. B. Graser²⁾ soll für die jüdische Jugend eine allgemeine Schulanstalt, und

zwar als Werktags- und Feiertagsschule eingerichtet werden (allgemeinbildende neben religionsbildender Schule). Jüdische Jungen und Mädchen haben gleichermaßen die allgemeinbildenden Schulen, gemeinsam mit den christlichen Schülern zu besuchen. Wie Graser weiter ausführt, haben die jüdischen Schüler auch am Unterricht in den christlichen Feiertagsschulen teilzunehmen. K. Guth³⁾ betont, daß man sich seit 1826 bemühte, Feiertagsschulen für die jüdische Jugend im Obermainkreis zu schaffen. Dieser Fortbildungsunterricht sollte entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen über die christliche Sonn- und Feiertagsschule erfolgen. Ziel dieses Unterrichts sei, die heranwachsende Jugend für den Staat bzw. das bürgerliche Leben brauchbar zu machen. 1826 stellte A. Stern an den Stadtmagistrat von Bayreuth den Antrag, eine Feiertagsschule errichten zu dürfen. Er wollte damit einen doppelten Zweck verfolgen: Zum einen die heranwachsende Jugend zwischen dem 13. und 18. Lebensjahr zur Achtung vor Staat, Gesellschaft und jüdischer Religion erziehen, zum anderen aber durch den „fortgesetzten geläuterten Religionsunterricht“ die Jugendlichen in ihren neuen Lebensverhältnissen, durch Ausbildung und Berufsvorbereitung stärken. Der Religionsunterricht der Feiertagsschule sollte die Elementarkenntnisse, die die Schüler bereits erworben hatten, erweitern und vertiefen. In Bayreuth hat der Religionsunterricht in der Feiertagsschule für die jüdischen Jugendlichen allwöchentlich stattgefunden.

Er wurde am Sabbat und an den Feiertagen in der Synagoge erteilt und war seit dem 21. Oktober 1828 laut Regierungserlaß verpflichtend. Eine gesonderte allgemeinbildende jüdische Schule lehnte Graser ab, da sonst der Austausch zwischen christlicher und jüdischer Jugend verloren ginge. Ebenso sollte Privatunterricht mit Befreiung von der öffentlichen Schule nicht gestattet sein, wenn doch,